

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 67 (1988)
Heft: 4

Artikel: Für einen herrschaftsfreien Diskurs : sozialistische Politik ist Machtkritik
Autor: Wettstein, Gérard
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-340607>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

bestimmungsinitiative von 1976 und der seitherigen parlamentarischen Vorstösse die Idee als solche zu begraben. Scheiterte die Initiative damals – neben andern Ablehnungsgründen wie u.a. einem Misstrauen gegen die Gewerkschaften – wohl hauptsächlich am fehlenden Bedürfnis, sich um mehr als die eigene Werkbank und den eigenen Schreibtisch zu kümmern, so könnte sich genau dies in absehbarer Zeit ändern.

Den hochqualifizierten Arbeitskräften der «neuen Mittelschichten» wird es rasch verleid, an irgendeinem Job ihre täglichen acht Stunden abzusetzen und ihre Selbstverwirklichung bloss anschliessend am Steuerrad, im Konsumrummel und in der Selbsterfahrungsgruppe auszuleben. Immer mehr werden sie eine ganzheitliche Tätigkeit und damit einen Handlungsspielraum in ihrer Arbeit suchen. Bei allem wirtschaftlichen Strukturwandel und noch so guter Konjunktur werden aber niemals alle, die

dieses Bedürfnis verspüren, ihr Heil als Selbständigerwerbende finden können und wollen, und deshalb wird der Ruf nach entsprechenden Veränderungen auch in Angestelltenpositionen lauter werden.

Dem kommt die gleichlaufende Entwicklung der Wirtschaft selbst entgegen. Immer mehr Firmen merken, dass sie die neuen Technologien nur mit hoch motivierten, selbständig denkenden und flexibel handelnden Arbeitskräften bewältigen können – und solche Menschen lassen sich das Denken nicht einfach an der Vorrzimmertür des Chefs abstellen. Sie wollen mitreden bei der Planung der Arbeit, bei der Festlegung der Ziele mindestens in ihrer Abteilung, in ihrem Betrieb, mit der Zeit aber wahrscheinlich auch auf der Unternehmensebene. Allerdings ist klar: Solche Menschen werden ihre Mitsprache- und Mitbestimmungsrechte nicht an einen Gewerkschaftsvertreter delegieren wollen.

Neue Mitbestimmungsmodelle müssten daher von den unmittelbaren Bedürfnissen des Einzelnen an seinem Arbeitsplatz ausgehen; sie müssten sich anfänglich auf die betriebliche Mitbestimmung konzentrieren und darauf vertrauen, dass die dort einbezogenen Mitarbeiter stark genug sein werden, später auch eine unternehmerische Mitbestimmung durchzusetzen, wenn sie deren Notwendigkeit erkennen, und schliesslich müssten sich die Gewerkschaften dabei auf die – sehr wichtige und durchaus einflussreiche – Aufgabe der Schulung, der Beratung und der Kontaktvermittlung und Koordination beschränken.

Also denn: Wo sind die politisch bewussten, wirtschaftlich kompetenten, von unternehmerischer Initiative beseelten und für die Emanzipation des *ganzen* Menschen engagierten Frauen und Männer, die hier ein neues Unternehmen starten?

Für einen herrschaftsfreien Diskurs

Sozialistische Politik ist Machtkritik

Von Gérard Wettstein

Im Alltag stellt der politisch interessierte Mensch oft die Frage: Worin unterscheiden sich eigentlich Sozialdemokratie und Bürgertum? Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben zusehends Mühe, differenziert zu urteilen – was nicht überraschen dürfte: Seit 1959 herrscht die «Zauberformel», eine Art grosse Koalitionsregierung, allerdings mit einer typisch schweizerischen Eigenart: Dieser Regierungsblock verfügt über keinen verbindlichen Koalitionsvertrag. Der Bundesrat betreibt eine gehei-

me Kabinettpolitik: Die Öffentlichkeit erfährt nie, wer was gesagt und wer wie abgestimmt hat. Der Einheitstopf ist perfekt – und schwächt natürlich die Sozialdemokratie.

Will die sozialistische Bewegung jedoch wieder eine glaubwürdige Alternative sein, so muss sie *die* zentrale Frage in den Mittelpunkt ihrer politischen Arbeit stellen: die Frage der Macht, der Machtentstehung, der Machtinhaber und: Wie kann Macht überwunden werden, was für Alternativen gibt es?

Der demokratische Sozialismus muss endlich Abschied nehmen vom jahrtausendalten Modell der Herrschaft und der Macht. Macht beruht auf einem hierarchischen Konzept. Dieses setzt voraus, dass einer mehr Einsicht in Richtiges hat als die andern. Folglich setzt es Unmündigkeit der Untergebenen voraus, es handelt sich um eine asymmetrische Beziehung Herrscher–Beherrschte. Dieser Konstellation begegnen wir überall: in der Schule, im Betrieb, in der Verwaltung usw. Sozialistische Politik ist Macht-

kritik. Der französische Philosoph André Gorz hat erkannt: «Die Ersetzung der personalen Macht durch die funktionale, mit einem anonymen Organisationsplan verknüpfte Macht hat die Klassenkampfziele gründlich verändert. Nunmehr wird die Macht in der Gesellschaft und im Unternehmen von Leuten ausgeübt, die sie nicht besitzen, die für ihre Handlungen nicht verantwortlich sind und die es eher der ihnen übertragenen Funktion überlassen, sie zu verantworten.» Gorz glaubt weiter, «funktionale Macht ist unvermeidlich.¹»

Gorz' pessimistischer Schluss darf keinesfalls so übernommen werden, denn es wäre eine Bankrotterklärung der sozialistischen Bewegung.

Ausweg aus dieser Machtordnung ist die Kooperationsordnung, die im wesentlichen von Jürgen Habermas entwickelt wurde. Hier erfolgt die Entscheidungsfindung durch Kommunikation unter gleichgeordneten, mündigen Menschen. Wahrheitsfindung kann nur erfolgen aufgrund von Einsicht, Konsens und Verantwortung aller. Was zählt, ist nur das bessere Argument, irrationale Komponenten (Prestige, soziale Position, Bildung usw.) werden so hinfällig.

Das Kommunikationsmodell von Habermas ist ein erster Schritt, um die Gesellschaft von Machtstrukturen zu befreien. Bedeutende Psychoanalytiker haben die Folgen von Macht, deren Entstehung und Verbreitung längstens analysiert. Canetti erkannte, dass Befehle nicht verdaut, sondern verinnerlicht werden. Diesen verinnerlichten «Stachel» tragen wir mit uns herum – und geben ihn in Form eines Befehls weiter, sobald wir dazu in der Lage sind². Konsequenz: das System der Macht konsolidiert sich.

Margarethe Mitscherlich hat die an sich banale Feststellung ausformuliert: «Am Anfang war die Erziehung» (so der Titel eines Werkes von ihr). Darum: Eine sozialistische Gesellschaft freier und mündiger Menschen kann nur dann entstehen, wenn erst einmal das heutige Schulsystem völlig neu formuliert wird. Bewusstseinsbildung kann der sozialistischen Bewegung zum Vorteil gereichen. Kritische Menschen sind im eindimensionalen Weltbild der Bourgeoisie potentielle Feinde ihrer Ordnung. Was schlägt Habermas konkret vor? Zunächst geht er von zwei Thesen aus:

- Es gibt Probleme, die uns alle angehen als politische Gemeinschaft und die wir lösen müssen.

- Es besteht kein objektives Indiz dafür, dass einer besser weiss, was gut ist für die Gesellschaft, als ein anderer.

Ausgehend von diesen Thesen formuliert Habermas sein Modell des herrschaftsfreien Diskurses:

- jedes sprach- und handlungsfähige Subjekt darf an Diskursen teilnehmen,
- jeder darf jede Behauptung problematisieren,
- jeder darf jede Behauptung in den Diskurs einführen,
- jeder darf seine Einstellungen, Wünsche und Bedürfnisse äussern,
- keiner darf durch innerhalb oder ausserhalb des Diskurses herrschenden Zwang daran gehindert werden, seine festgelegten Rechte wahrzunehmen.

Die Folgen sind offensichtlich: Partnerschaft in den zwischenmenschlichen Beziehungen wird zum Mittelpunkt und Motor jeglicher Tätigkeit. Der Zwang von oben wird abgelöst durch die Beteiligung aller Menschen am Entscheidungsprozess.

Diese Regeln bedürfen gewisser Ergänzungen. Dass die

Sprach- und Artikulationsfähigkeit, die Freiheit, alles problematisieren zu dürfen usw., bereits im Elternhaus und in der Schule geübt und gelernt werden müssen, dürfte klar sein.

Die am Diskurs Beteiligten müssen aber auch die Bedürfnisse zukünftiger Generationen und nicht sprachfähiger Menschen (Kleinkinder, Sprachbehinderte, Geistesranke) einbringen, wie es Rawls in seiner «Theorie der Gerechtigkeit» fordert.

Die Kooperationsordnung ist die einzige Alternative, die einen Fortschritt bringen kann. Nicht von ungefähr sträuben sich die Bürgerlichen gegen umfassende Schulreformen, gegen Friedensforschung, gegen ausgebaute Stipendienordnungen usw., die allesamt die Voraussetzungen für einen herrschaftsfreien Diskurs überhaupt erst ermöglichen.

Das Modell der Macht dient letztlich der Bourgeoisie, ihre Hegemonie in Wirtschaft und Gesellschaft aufrechtzuerhalten. Das militärische Prinzip soll vermehrt auf das Zivilleben übertragen werden. Hier gilt es, massiven Widerstand zu leisten.

Der Sozialismus muss jetzt handeln:

1. Echte Schulreformen müssen realisiert werden. Kosmetik und kleine Korrekturen bringen nichts.

2. Parallel muss Transparenz auf allen Gebieten gefordert werden. Konkret: Transparenz in den Exekutiven, d.h. Schluss mit dem Gottesdienst der Kollegialität. Die Bevölkerung hat ein Recht darauf zu wissen, wer welche Positionen in der Regierung vertritt. Sitzungen von parlamentarischen Kommissionen der Exekutive müssen grundsätzlich öffentlich sein.

3. Sämtliche Lebensbereiche müssen nach den Regeln von Habermas entmachtet und

durch das Modell der Partnerschaft ersetzt werden.

Im Bereich der Gesetzgebung, der Medien usw. sind Voraussetzungen zu schaffen, die eine Emanzipation der Menschen überhaupt erst ermöglichen. Stichworte: Verbot von Kriegsspielzeugen und Kriegspropaganda, Bekämpfung von Gewaltdarstellungen und -verherrlichungen in den Medien, Friedens- und Umwelterziehung, Presseförderungsgesetz

zum Schutz der Minderheiten usw.

Die Diskursregeln von Habermas müssen in sämtlichen SP-Sektionen zur Kenntnis genommen und eingeführt werden. Tabus darf es für eine sozialistische Partei nicht geben (kleine Anfrage vorab an Landsektionen: Akzeptiert ihr Gespräche über die Abschaffung der Armee?).

Wer den Sozialismus will, muss ihn zunächst und vor allem in

den eigenen Reihen verwirklichen! In einem Wort gesagt: Ein Vorwärts zu Jürgen Habermas bedeutet einen ersten Schritt in Richtung Emanzipation der Gesellschaft.

Anmerkungen:

¹ André Gorz, Abschied vom Proletariat, 1984.

² Elias Canetti, Masse und Macht.

Zusätzlich empfohlen:

Habermas, Theorie des kommunikativen Handelns (2 Bände) 1981.

John Rawls, Gerechtigkeit als Fairness, 1977.

Österreich 1938: Vergewaltigte Nation oder williges Opfer?

Warum keine Schüsse fielen

Von Stefan Gass

Der 1978 zu früh verstorbene Wiener Universitätsprofessor Ludwig Jedlicka hat kurz vor seinem Tod einen bemerkenswerten Aufsatz über die Annexion Österreichs am 11./12. März 1938 geschrieben («Warum hat das Bundesheer nicht geschossen?») In: «Wien aktuell», Heft 3, März 1978). Es lohnt sich, im Zusammenhang mit dem 50sten Gedenkjahr dieses Ereignisses und mit der Waldheim-Affäre, Jedlickas Gedanken wieder aufzunehmen.

Dass Österreich im März 1938 so sang- und klanglos seine Eigenstaatlichkeit aufgegeben hat, erstaunt immer wieder. Zwar ist die historische Aufarbeitung dieser Zeit innerhalb und ausserhalb Österreichs weit voran gediehen, doch machen sich im allgemeinen Vergangenheitsbewusstsein immer wieder vereinfachende Erklärungsweisen breit: entweder heisst es, dass die Österreicher ja von Anfang an Nazis gewesen seien, oder aber Österreich sei das erste Opfer nationalsozialistischer Gewaltpolitik gewesen, von den Alliierten

schmählich im Stiche gelassen. Die Wirklichkeit aber war, wie so oft, weit komplizierter.

Zu bedenken ist die kurze und bewegte Geschichte der ersten Republik. Hervorgegangen aus der Liquidationsmasse der österreichisch-ungarischen Monarchie, wollte sich dieses «Restgebiet» vorwiegend deutschsprachiger Bevölkerung der deutschen (Weimarer) Republik anschliessen. Der Vertrag von Saint-Germain und der Versailler Vertrag von 1919 verboten aber diesen Anschluss, durchaus verständlich aus der Sicht der Siegermächte, vor allem Frankreichs. Die ungeliebte Republik geriet von Anfang an in enorme wirtschaftliche Schwierigkeiten (Inflation, Strukturkrisen, Versorgungskrisen usw.). Dazu kam aber noch die verheerende Polarisierung der Gesellschaft. Sozialdemokratie und Christlichsoziale standen sich unversöhnlich gegenüber: das rote Wien den schwarzen Bundesländern. Dies hatte ständige Krisen zur Folge – etwa den Justizpalastbrand von 1927 –, die schliesslich in den Bürgerkrieg

von 1934 mündeten. Der Sieg der Christlichsozialen und die Errichtung des «Ständestaates» durch Bundeskanzler Engelbert Dollfuß schloss rund die Hälfte der politisch aktiven Bevölkerung von der Mitarbeit im Staat aus, nämlich die Sozialdemokratie. Im Juli 1934 versuchten dann die österreichischen Nationalsozialisten mit deutscher Unterstützung die Regierung zu stürzen. Der Putsch scheiterte, Bundeskanzler Dollfuß aber wurde ermordet. An seine Stelle trat Kurt von Schuschnigg.

Das nationalsozialistische Deutschland übte immer hemmungsloser Druck auf den südlichen Nachbarn aus, der sich aussenpolitisch bloss noch auf Italien stützen konnte. Österreich war also 1937/38 aussenpolitisch isoliert. Deutschland, in voller militärischer Aufrüstung begriffen, sah in Österreich einen wertvollen Rohstoff-, Devisen und Arbeitskraftlieferanten. Hermann Göring, mit der Durchsetzung des Vierjahresplanes von Hitler betraut, betrieb mit allen Kräften die Angliederung. In mehreren